

2019/1

attac

brennpunkte rückblicke ausblicke



WIR

**SIND
DIE**

99%

blog.arbeit-wirtschaft.at

Geld kann vieles kaufen.

GUTE
ARGUMENTE
GEHÖREN
ALLEN.

 blog.arbeit-wirtschaft.at

 twitter.com/AundW

 facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte

Was diese Regierung so gefährlich macht 5
Standort vor Natur und Klima 6
Dirndl-Protest: Julianna Fehlinger im Interview 7
Finanztransaktionssteuer 10
JEFTA höhlt die Demokratie aus 11
Die Macht der Konzerne 12
Der Cum-Ex-Steuerbetrug 14
Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne 16

rückblicke

Das Attac-Jahr 2018 18
Entzauberte Union, entzauberte Regierung 19
SommerAkademie 20
Aus den Attac-Gruppen 21

ausblick

Attac 2019 27

Impressum

Attac Österreich Magazin 2019/1
Attac Österreich Jahresbericht 2018

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Elisabeth Blum, Walarie Borowski,
Wolfgang Homola, Anne Lange,
Klara Tolnai

Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG,
2120 Wolkersdorf
Auflage: 4.800 Stück

Für den Inhalt verantwortlich:

Attac Österreich

Fotos (wenn nicht anders angegeben):

Attac Österreich

Inseratenakquisition: Monika Stadler,
Wilhelm Zwirner

Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch

Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia
Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Viervielfältigung erwünscht, bei Veröffentli-
chungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2019



Die Story zum Titelmotiv finden Sie auf Seite 7.



liebe leserinnen, liebe leser!

Ein herausforderndes Jahr liegt hinter uns. Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ konnten wir durch zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen aufzeigen, dass die Politik der EU eben nicht die breite Mehrheit der Menschen schützt, sondern Reiche und Konzerne. Unsere EU-Beilage zur Wiener Straßenzeitung Augustin stieß auf großes Interesse, und das Attac-Buch „Entzauberte Union“ erschien in dritter Auflage – ein Erfolg, der uns sehr freut und zeigt, dass die Zeit reif war für eine Debatte, die über die bisherige Entweder-Oder-Argumentation hinausgeht.

Weniger erfreulich war, dass im Herbst 2018 nach jahrelangem Lavieren und Hinhalten das Aus für die Finanztransaktionssteuer (FTS) erklärt wurde. Vorerst haben also wieder einmal die Finanzlobbys gewonnen. Aber wir halten an der Attac-Gründungsforderung fest und werden uns weiterhin für eine umfassende FTS einsetzen. Denn daran, dass der Finanzsektor endlich reguliert werden und seinen gerechten Beitrag leisten muss, hat sich nichts geändert.

Wer in Österreich welchen Beitrag wofür leistet, legt die Steuerpolitik der Regierung fest. Deren viel beschworene „Treffsicherheit“ bedeutet in Wirklichkeit aber lediglich, dass sie mit Sicherheit die gesellschaftlich Benachteiligten und Hilfebedürftigen trifft. Mit politischen Entscheidungen im Dienste einer kleinen Elite und der Umverteilung von unten nach oben gehen die Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft einher. Hart erkämpfte Errungenschaften, die soziale Sicherheit und Zusammenhalt garantierten, werden von heute auf morgen demontiert – während die Menschen noch mit dem Einzelfall des Tages beschäftigt sind.

Attac zeigt das neue Credo der Regierung auf: „Nehmet den Armen, gebet den Konzernen!“ Denn die nächsten Steuergeschenke für Reiche und Konzerne liegen schon bereit. Eine Senkung der Unternehmenssteuern in „Richtung 20 Prozent“ steht im Raum. Nutznießer werden vor allem große Konzerne wie die Raiffeisen Bank, die OMV oder Uniq (deren ehemaliger Vorstandsvorsitzender nun Finanzminister ist) sein;

Vorwort des
Vorstands
von Attac
Österreich

4

Klein- und Mittelbetriebe werden hingegen kaum profitieren. Bezahlen wird das Konzern-Steuergeschenk die breite Mehrheit – durch Kürzungen bei wichtigen öffentlichen Leistungen. Dazu sagen wir: Schluss mit Steuergeschenken für Reiche und Konzerne! Attac wird weiterhin für Steuererechtigkeit eintreten und aufzeigen, wie sich in den Händen weniger Konzerne politische und wirtschaftliche Macht konzentriert und durch Konzernklagerechte eine gefährliche Paralleljustiz entsteht. Gemeinsam mit der Anders Handeln-Plattform und einem breiten Bündnis von sozialen Bewegungen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bauen wir mit der internationalen Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS“ Druck auf, um Sonderklagerechte für Konzerne ein für alle Mal abzuschaffen.

Wir haben also noch viel zu tun! Und so bedanken wir uns an dieser Stelle bei allen Menschen, die durch ihr Engagement, ihre Spenden und ihr Wissen Attac überhaupt erst möglich machen. Danke!

**Eine anregende Lektüre wünscht
Euer Attac-Vorstandsteam**



Attac-Aktion bei der Regierungsklausur in Mauerbach

rassistische, soziale und politische Ausgrenzung und Standortwettbewerb lösen keines der aktuellen Probleme – ganz im Gegenteil!

was diese regierung so gefährlich macht

Mit unseren Aktionen wie etwa den Dirndl-Protesten haben wir gezeigt, dass diese Regierung eine Politik im Interesse von Konzernen verfolgt. Das offenbart sich nicht nur beim 12-Stunden-Tag oder den Plänen zur Abschaffung der Notstandshilfe und für Steuergeschenke für Konzerne, sondern auch bei Kürzungen der Mindestsicherung und der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder, bei der Zerschlagung der Sozialversicherung oder bei den Kürzungen bei Arbeitsmarkt- und Integrationsprojekten sowie Frauenberatungsstellen. Um diesen Sozialabbau durchzusetzen versucht die Regierung auch mit rassistischer Hetze die Menschen nach Herkunft oder sozialem Status auseinanderzudividieren. Sie spaltet so die gesamte Gesellschaft.

Der Neoliberalismus höhlt die Menschenrechte aus

Warum ist das für Attac so wichtig? Attac hat sich seit der Gründung im Jahr 2000 mehr als „nur“ die Regulierung des Finanzsektors, gerechten Welthandel oder eine gerechte Steuerpolitik zum Ziel gesetzt. WER an sozialen und wirtschaftlichen Rechten teilhaben darf – und wer nicht – ist

auch ein zentraler Bestandteil der Frage, wie ein „gutes Leben für alle“ möglich wird.*

Dabei ist es wichtig auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Erstarren einer menschenfeindlichen oder rassistischen Politik und dem Neoliberalismus hinzuweisen. Denn die Aushöhlung von Menschenrechten wird auch durch eine Wirtschaftsideologie gestärkt, die Konkurrenz zwischen „Wirtschaftsstandorten“, Staaten, Unternehmen und Menschen als unausweichlich darstellt. Jene, die Einwandernde und Minderheiten als Sündenböcke präsentieren, profitieren von der aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise. Diese Kräfte wollen daher weder bestehende Ungerechtigkeiten noch das ihnen zugrundeliegende Wirtschaftsmodell verändern.

Rassistische, soziale und politische Ausgrenzung und Standortwettbewerb lösen keines der aktuellen Probleme – im Gegenteil: sie verschärfen sie. Dies gilt umso mehr als Fluchtgründe wie Krieg, Militärgewalt, Armut und Klimawandel aufs Engste mit der gegenwärtigen Form der neoliberalen Globalisierung verbunden sind.

Wir wollen ein gutes Leben für alle

Im Gegensatz zur Regierung steht Attac für Solidarität statt Konkurrenz, für den Schutz unserer Lebensgrundlagen statt ihrer Ausbeutung, für Inklusion statt wirtschaftlicher, sozialer und rassistischer Ausgrenzung, für demokratische Teilhabe statt Einschränkung demokratischer Grundrechte, kurz: Für ein gutes Leben für alle statt für wenige.

Wenn wir eine Gesellschaft wollen, die allen Menschen ein gutes Leben in Freiheit und Sicherheit garantiert, müssen wir nicht nur der neoliberalen Ideologie, sondern auch jenen politischen Kräften entgegenreten, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status abwerten und ausgrenzen. Und wir müssen gemeinsam für Alternativen eintreten, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, den Respekt vor der Natur und demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellen.

Diesen Werten und Zielen bleiben wir auch in Zukunft verpflichtet.

* Ausführlich formuliert ist das Attac-Ziel „Ein gutes Leben für alle“ in der Attac Deklaration 2010

um angeblich „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, müssen wir laut Regierung nicht nur länger arbeiten, soziale Leistungen kürzen sowie Steuern für Konzerne senken, sondern auch beim Klima- und Umweltschutz auf die Bremse steigen.

standort vor natur & klima



Seit einem Jahr im Amt, hat die blau-schwarze Regierung bisher klare Prioritäten für die Interessen der „Wirtschaft“ und gegen den Umweltschutz gesetzt. 2018 war unter anderem bestimmt von Novellen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G), dem Standortentwicklungsgesetz (StEntG) und dem Vorschlag, den Wirtschaftsstandort als Staatsziel auszurufen. Und auch auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2018 hat Österreich keine Fortschritte gemacht, im Gegenteil: Mit Maßnahmen wie „Tempo140“ entfernen wir uns von unserem Ruf als Umweltmusterland.

Dreifacher Angriff auf den Umweltschutz

Mit dem neuen UVP-G kommt es für Umweltschutzorganisationen zu massiven Einschnitten: Sie müssen künftig eine Mindestanzahl von 100 Mitgliedern nachweisen, um sich für bessere Projekte und Verfahren einsetzen zu dürfen. Diese Regelung, die gegen Völker- und Europarecht verstößt, schwächt Umweltschutz in Verfahren.

Gleichzeitig wurde eine neue Verfahrenspartei geschaffen: die Standortanwaltschaft. Diese Rolle nimmt die Wirtschaftskammer wahr, die künftig an Verfahren teilnehmen und Argumente für das Projekt wiederholen darf (denn vorbringen dürfen diese ohnehin schon ProjektbewerberInnen selbst).

Das Standortentwicklungsgesetz wiederum soll große Umweltverfahren beschleunigen – auch wenn diese im Schnitt ohnehin 7 Monate nach öffentlicher Auflage genehmigt werden. Im ersten (verfassungs- und europarechtswidrigen) Entwurf sah die Bundesregierung hier noch eine automatische Genehmigung durch Zeitablauf vor. Im überarbeiteten und nun beschlossenen Gesetz ist die Genehmigung zwar nicht mehr automatisch, es kann jedoch trotzdem zum Übergehen einer ganzen Instanz kommen.

Nicht beschlossen, sondern nur diskutiert wurde bisher die Aufweichung des Staatsziels Umweltschutz durch die Aufnahme des Wirtschaftsstandortes und Wachstums in dieses Staatsziel. Es fehlte bisher an der Verfassungsmehrheit im Nationalrat.

von
Gregor
Schamschula

Zwar werden ohnehin kaum Projektanträge für UVP-Verfahren abgewiesen (nur rund 3 Prozent) und das Staatsziel ist nicht direkt verbindlich, dennoch setzt die Regierung hier auf die Symbolpolitik „Standort vor Umwelt“.

Schützen wir unsere Umwelt

Gleich auf mehreren Ebenen wurde und wird durch die Regierung der Umweltschutz in Österreich geschwächt, um den „Wirtschaftsstandort“ zu stärken. Dabei handelt es sich nur um einen scheinbaren Widerspruch: Wirtschaft muss nachhaltig passieren, es braucht eine biodiversitätsschonende Energiewende, die Verkehrswende und aktive Klimaschutzpolitik. Während die politische Entwicklung im Umweltbereich eher in die Gegenrichtung läuft, ist es umso wichtiger, als starke Zivilgesellschaft für Umwelt und Umweltschutz einzutreten.

Gregor Schamschula ist Umweltjurist und Leiter des Bereichs Bürgerbeteiligung und Recht bei ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung.

„mit humor erreicht man mehr leute als mit dagegen-parolen“

In türkisen Dirndl, ausgestattet mit Botschaften gegen den 12-Stunden-Tag, haben drei Attac-Aktivistinnen im Juli 2018 die PR-Wanderung von Sebastian Kurz gekapert. Was wir vom Erfolg ihrer Aktion lernen können und warum Kurz sie an einen Roboter erinnert, verrät Julianna Fehlinger im Interview.

Sebastian Kurz samt Wandertross auf dem Schneeberg, hinter ihm du im türkisen Dirndl, die Schürze gelüftet, auf der das Symbol gegen den 12-Stunden-Tag zu sehen ist: Diese Bilder waren in fast allen Zeitungen zu sehen. Wie ist es dazu gekommen?

Julianna Fehlinger: Wir kamen in türkisen Dirndl zum Treffpunkt des Wandertags. Die Botschaften waren in die Dirndl-Schürzen eingenäht, also nicht sofort sichtbar. Unsere Outfits haben bei den Kurz-Fans zuerst für Begeisterung gesorgt.

Interview:
Valentin
Schwarz

Moderator Peter Eppinger hat deutlich die Augenbrauen gehoben, als er mich gesehen hat.

Das Team von Kurz hat uns sogar um Fotos und ein Video-Interview gebeten. „Ihr seid so sexy“, haben sie gesagt. Wir mussten sie leider vertrösten, unser Ziel war ja, Sebastian Kurz mit unserer Botschaft zu konfrontieren. Unser Plan war, zu ihm auf die Bühne zu gehen und ihm ein Bild in Anlehnung an Edvard Munchs „Der Schrei“ zu überreichen, mit dem Schriftzug „Ausgebrannt“. Damit wollten wir aufzeigen, was passiert, wenn Menschen 12-Stunden arbeiten müssen.

Das hat nicht funktioniert, oder?

Anfangs sah es gut aus. Wir haben höflich gefragt, ob wir dem Kanzler ein Geschenk übergeben dürfen. Kurz war einverstanden. Doch als ich um das Mikro gebeten habe, wurde er nervös. Er hat einem Mitarbeiter etwas zugeflüstert – und plötzlich tauchten Securities auf, um uns abzudrängen. Unsere Schürzen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht gelüftet.

Kurz hat dann Interviews gegeben, dabei aber ziemlich gestresst gewirkt. Als er schließlich losgelaufen ist, wollten wir uns anschließen, um zumindest unterwegs mit ihm zu diskutieren und unsere Schürzen zu lüften. Er bewirbt die Wanderung immerhin damit, für alle ein Ohr zu haben.



Kurz hat unzählige Presse- und PR-Events, die man kapern könnte. Warum habt ihr euch gerade für den Wandertag entschieden?

Bei diesen Wandertagen geht es Kurz darum, Volksnähe zu zeigen. Wir wussten, dass wir ihm bei dieser Gelegenheit nahe kommen können. Zugleich sind die Wandertage reine Huldigungsveranstaltungen ohne jeden Inhalt. Ich fand es beklemmend, was ich dort gehört habe: Lobpreisungen für die Steuergeschenke an reiche Familien oder den 12-Stunden-Tag, ohne jede Gegenstimme. Kurz inszeniert sich bei diesen Wandertagen als „Heiland“, wie sogar ihm sonst wohlgesonnene Zeitungen feststellen. Dieses kritische Potenzial wollten wir nützen. Sogar Medien, die Kurz sonst hochschreiben, haben über unsere Aktion berichtet – bis auf den ORF Niederösterreich eigentlich alle.

Eine Protestaktion im Dirndl hat es bisher in Österreich wahrscheinlich noch nie gegeben. Wie seid ihr auf diese ungewöhnliche Idee gekommen?

Unser Gedanke war: Im Dirndl können wir nicht als „linke Demonstrantinnen“ abgestempelt werden. Wir wollten signalisieren: Wir sind keine von außen, die stören. Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft, die Kurz gerne für sich vereinnahmt. Das macht es viel schwieriger, uns zu schubladisieren. Wir haben uns also zum Teil der türkisen Inszenierung gemacht, um sie dann von innen zu sprengen. Dazu kommt, dass der Rock einer Frau im konservativen Verständnis etwas Geheimnisvolles hat. Die Männer fragen sich, was sich wohl darunter versteckt. Wir haben das aufgegriffen – aber unter unseren Schürzen die Botschaften gegen den 12-Stunden-Tag angebracht. Das Prinzip ist ähnlich wie bei Femen, die mit nacktem Oberkörper gegen patriarchale Politik demonstrieren. Der Kurier hat uns sogar als Alpen-Femen bezeichnet.

Aber die Securities hatten einen anderen Auftrag. Sie haben uns bedrängt, uns das Geschenk aus der Hand gerissen und an unseren Dirndl gezerzt. Erst als wir laut protestierten und Menschen begannen, die Handgreiflichkeiten zu fotografieren, haben sie von uns abgelassen.

Ich konnte zu Sebastian Kurz aufschließen. Er wurde immer schneller, wollte mir quasi davonwandern. Da ich immer wieder auf der Alm arbeite, bin ich aber gut zu Fuß. So kam es zur bizarren Situation, dass ich den Kanzler den Schneeberg hinauf getetzt habe.

Hat Kurz auch mit dir gesprochen?

Er wollte sich um keinen Preis auf ein Gespräch einlassen. Auf die Frage, warum er andere politische Meinungen nicht hören will und uns festhalten lässt, meinte er: „Sie können ganz entspannt spazieren gehen.“ Gleichzeitig versuchten seine Securities weiter, uns von ihm fernzuhalten. Dazu hat er permanent gelächelt – aber wie eine Maschine, völlig emotionslos. Sein ganzes Verhalten hat mich an einen Roboter erinnert: Wo er einen Hund oder ein Kind sieht, stürzt er sofort hin, um sie für die Kameras zu streicheln.

Warum, glaubst du, hat eure Aktion so viel Aufmerksamkeit bekommen?

Zum einen haben wir den für Medien guten Zeitpunkt zu Beginn der Wanderung gewählt. Zum anderen war unsere Protestform kreativer. Schilder hochhalten, das kennt man schon. Das machen in den Augen von Kurz und seinen Leuten halt die, die immer nur dagegen sind. Uns dagegen fanden sie anfangs sympathisch – und dann haben wir gezeigt, dass „sexy“ Frauen auch eine Meinung haben und nicht nur dekorativ sind.

Inspiziert hat uns Lucia Steinwender von System Change not Climate Change, die im Mai Kurz' Klimarede gekapert hat. Er hat einfach nicht damit gerechnet, dass eine junge Frau ihn höflich um das Mikro bittet und dann selbstbewusst eine gute Rede hält. Selbst Leute, die inhaltlich nicht ihrer Meinung sind, mussten Lucia dafür Respekt zollen.

Wir sollten uns stärker darum bemühen, PolitikerInnen aus der Fassung zu bringen. Dann zeigen sie öfter ihr wahres Gesicht. Sebastian Kurz, der Teflon-Kanzler, an dem sonst alles abperlt, hat in diesem Moment seine Kritikunfähigkeit gezeigt und seine Security gerufen, anstatt einfach mit uns zu diskutieren.



Unsere nächste Dirndl-Aktion fand im Oktober 2018 anlässlich einer Rede von Bundeskanzler Kurz im Uniqua-Tower statt. Dabei lüftete eine Attac-Aktivistin im Foyer in unmittelbarer Nähe von Kurz ihre Schürze, um gegen eine Politik im Interesse von Konzernen zu protestieren. Die Aktivistin wurde dabei zu Boden gerempelt und sofort unsanft entfernt.

Aber nicht jede Aktion kann kreativ und subversiv sein, oder?

Nein, ich will keinesfalls sagen, dass nur unsere Aktionsform die richtige ist. Es gibt vielfältige Formen von Protest und jede hat ihre Berechtigung. Die Demo gegen den 12-Stunden-Tag mit 100.000 Leuten war extrem wichtig. Sie hatte die Funktion, die Größe und Breite des Widerstands zu zeigen und den TeilnehmerInnen Mut zu machen.

Eine Medienaktion folgt schlicht einer anderen Logik. Sie soll Bilder produzieren, die ZeitungslernerInnen davon überzeugen, unserem Anliegen zuzustimmen. Diesem Ziel muss man andere Aspekte teilweise unterordnen. Für uns war es am wichtigsten, Kurz' Inszenierung zu entlarven. Das eigentliche Thema haben wir danach gewählt, was sich gut umsetzen lässt. Es gäbe ja hundert berechtigte Kritikpunkte an seiner Politik. Und mir persönlich sind die hunderten Toten im Mittelmeer, für die Kurz politisch mitverantwortlich ist, wichtiger als der 12-Stunden-Tag. Aber letzterer ist breiter anschlussfähig und auch einfacher zu kommunizieren: ganz ohne Text, nur mit dem bereits bekannten Logo.

Eure Aktion war auch schlicht witziger als die üblichen Proteste.

Mit Humor erreicht man viel mehr Leute als mit Dagegen-Parolen. Viele Linke würden sich niemals ein Dirndl anziehen, beharren auf ihrem Dresscode. Wir fanden es lustig, mit unserer Identität zu spielen.

Wir sollten auch öfter mit KünstlerInnen zusammenarbeiten. Sie sind kreativer darin, Inhalte so umzusetzen, dass sie verständlich sind und die Menschen auch emotional erreichen. Bei der Berg- und KleinbäuerInnen Vereinigung haben wir beispielsweise mit dem Karikaturisten Gerhard Haderer zusammengearbeitet. Er hat für uns Kühe gezeichnet, denen buchstäblich die Luft ausgeht. Mit ihnen protestierten wir schon öfter gegen die konzernfreundliche Milch-Politik in Österreich.

Bei eurer Aktion waren ausschließlich Frauen dabei. Warum?

Das stimmt nicht ganz. Wir waren zwar drei Frauen im Dirndl, aber auch Männer waren Teil des Teams. Als Frauen sind wir aber massiv von den Kürzungen betroffen, die Schwarz-Blau umsetzt oder plant. Und uns war klar, dass sie uns als Frauen unterschätzen werden. Nicht alles, was türkise Schürzen trägt, ist brav, lieb und angepasst. Ich bin schon gespannt, wie Kurz auf die nächsten Frauen reagieren wird, die ihm im türkisen Dirndl begegnen.

Julianna Fehlinger ist ehemaliges Vorstandsmitglied von Attac Österreich und aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität.

*Erstveröffentlicht am mosaik blog.
www.mosaik-blog.at,
Interview: Valentin Schwarz*



Finanztransaktionssteuer:

darf es auch ein bisschen viel weniger sein?

nein! eine umfassende steuer ist notwendig wie eh und je.

Im Dezember 2018 wurde die Katze aus dem Sack gelassen: Finanzminister Hartwig Löger kündigte offiziell das Ende des Erweiterten Kooperationsprozesses (E10-Prozess) zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) an. Wieder einmal wurde deutlich, wessen Interessen die österreichische, aber auch andere europäische Regierungen bedienen. Dabei hatte alles so schön angefangen ...

Der erste Entwurf für eine FTS auf europäischer Ebene, den die EU-Kommission im September 2011 vorlegte, enthielt einen erstaunenswert umfassenden Vorschlag zur Besteuerung der Finanzmärkte, der prinzipiell tauglich war Umgehungsstrategien entgegenzuwirken. Schnell kristallisierte sich aber heraus, dass nicht alle EU-Staaten (insbesondere das Vereinigte Königreich und Schweden) diese Idee mittragen wollen, sofern es keine globale FTS gäbe. 2013 fand sich zumindest eine Gruppe von 11 EU-Ländern*, die davon überzeugt schien eine FTS einzuführen zu wollen.

Der FTS-Prozess schief ein

Trotz regelmäßiger Ankündigen über Fortschritte in den Verhandlungen und dass die FTS bald käme, schief der Prozess ein. Ab 2015 gab es keine nennenswerten Fortschritte mehr. Dass schließlich der ehemalige Vorstandsvorsitzende der größten österreichischen Versicherung das Ende dieses Prozesses ankündigte, war keine große Überraschung, sondern Sinnbild dafür, dass sich die türkisblaue Regierung für die Lobby-Interessen von Versicherungen und Banken mehr einsetzt als für das Wohl der Menschen. Vorerst trauen sich die E10-Regierungen jedoch noch nicht den Prozess formell zu beenden und reden einfach nicht mehr darüber. Lieber verhandelt man stattdessen über eine EU-weite Börsenumsatzsteuer. Diese würde aber nur einen Bruchteil der Transaktionen betreffen und damit keineswegs die gewünschte regulierende Funktion einnehmen (zum Beispiel ist der Derivatehandel komplett ausgenommen).

von Kai J. Lingnau

10

Wir halten an unserer Gründungsforderung fest

Nun zu dem Argument, das von allen FTS-Gegnern (und einigen angeblichen Befürwortern wie Hartwig Löger) immer wieder als Totschlagargument angeführt wird: Eine FTS könne nur funktionieren, wenn sie Eurozonen-weit/EU-weit/weltweit eingeführt würde. Das ist falsch! Natürlich wird es Umgehungsversuche geben. Und es wird immer irgendein Land geben, in dem diverse Finanztransaktionen legal und unbesteuert möglich sind. Deswegen sind Prinzipien notwendig, die es für hiesig tätige und ansässige Banken schwer und teuer machen legale Umgehungsstrukturen zu basteln. Und ja, vielleicht würden gewisse Bankgeschäfte verlagert werden. Aber wollen wir nicht genau das? Dass sich alle hier tätigen Unternehmen an die Regeln halten, und wenn sie am Finanzmarkt tätig sind, den Menschen einen kleinen Teil davon abgeben? Ja, das wollen wir! Und deshalb halten wir als Attac an unserer Gründungsforderung fest: die Einführung einer umfassenden FTS, als Teil umfassender Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte.

** Belgien, Deutschland, Estland (bis 2015), Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien*

JEFTA höhlt die demokratie aus

im dezember 2018 hat das EU-parlament dem EU-japan-abkommen JEFTA zugestimmt; im februar 2019 trat das abkommen in kraft.

Mit diesem Abkommen wurde einmal mehr die Demokratie geschwächt. Mitgeschrieben haben JEFTA nämlich fast ausschließlich Lobbyisten von Großkonzernen. Die BeamtInnen der Generaldirektion Handel trafen sich zwischen 2014 und 2017 ganze 213 Mal mit LobbyistInnen. 89% dieser Treffen waren mit KonzernlobbyistInnen, nur 4% mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Sonderklagerechte für Konzerne werden einfach nachgereicht

Damit JEFTA nicht durch Sonderklagerechte für Konzerne (ISDS) in negative Schlagzeilen kommt und durch nationale Parlamente muss, wurde es in einen „Handelsteil“ (der nun in Kraft ist) und einen „Investitionsteil“ geteilt. Die EU hofft, dass sie letzteren (mit Sonderklagerechten für Konzerne) in einem eigenen Abkommen nachreichen kann. Dennoch ist die Tatsache, dass JEFTA ohne ISDS abgestimmt wurde, ein Erfolg unseres bisherigen Widerstands.

von
David
Walch

Auch bei JEFTA geht es nicht nur um Zöllabbau, also Handel im engeren Sinn. Wie schon CETA schränkt auch JEFTA den demokratischen Handlungsspielraum der Parlamente ein. Denn mit der „Regulatorischen Kooperation“ erhalten KonzernlobbyistInnen das Recht, hinter verschlossenen Türen an Gesetzen mitzuwirken, noch bevor die Parlamente daran beteiligt sind. Gesetze und Standards im Allgemeininteresse, die „handelshemmend“ wirken, können so nach unten nivelliert werden.

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind in JEFTA nicht umfassend ausgeschlossen, sondern nur dort, wo sie extra gelistet sind. Das erhöht den Druck und das Risiko für Liberalisierungen durch die Hintertür. Zudem können strittige Verhandlungsgegenstände noch zu einem späteren Zeitpunkt in das Abkommen aufgenommen werden – ohne Zustimmung der Parlamente.

Auch das Vorsorgeprinzip ist in JEFTA nicht abgesichert. Im Kapitel über gesundheitliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen wird auf den wissenschaftlichen Ansatz verwiesen: Dabei kann ein Produkt erst dann verboten werden, nachdem die

Schädlichkeit bewiesen wurde. Problematisch ist das vor allem bei Chemikalien, Pestiziden, gentechnisch veränderten Organismen oder hormonell wirkenden Stoffen. Ein direkter Verweis auf einen „Vorsorgeansatz“ findet sich nur im unverbindlichen Nachhaltigkeitskapitel, das nicht sanktionierbar ist. Dort werden auch Arbeits- und Umweltstandards angesprochen. JEFTA stellt zudem handelspolitische Interessen explizit über Klimaschutzmaßnahmen. Diese sollen zwar umsetzbar sein, aber nur wenn dadurch der Handel nicht behindert oder die VertragspartnerInnen nicht diskriminiert werden.

Zusätzlich zu JEFTA verhandelt die EU-Kommission rund 30 ähnliche Abkommen, etwa mit den Mercosur-Staaten, mit Mexico, Vietnam oder Indonesien. Dem Singapur-Abkommen mit Sonderklagerechten wurde im Februar 2019 zugestimmt.

Wir werden den Widerstand gegen diese neoliberalen Handelsagenda fortführen!



der bericht „gekaperter gesetzgebung“ (corporate capture), der die macht der konzerne dokumentiert, wurde im september 2018 von der allianz für lobbying-transparenz und ethik-regeln in der EU (ALTER-EU) veröffentlicht.

der politische einfluss der konzerne bedroht das gemeinwohl in europa

Der überbordende Einfluss von Konzernen auf politische Prozesse und die Gesetzgebung in der EU und Europa ist in vielen Fällen zum Normalzustand geworden und bedroht das Gemeinwohl und die Demokratie. Das Ergebnis sind Gesetze, die öffentliche Güter wie saubere Luft, sauberes Wasser, erneuerbare Energien, heimische und nachhaltige Landwirtschaft sowie soziale Sicherheit und ArbeitnehmerInnenrechte in Gefahr bringen. Genau davor warnt der Bericht „Gekaperte Gesetzgebung“ von ALTER-EU eindringlich.

Die immense Macht und der überbordende politische Einfluss von Konzernen haben viele Gesichter. Lobbying, häufige Seitenwechsel zwischen Wirtschaft und Politik, der strategische Einsatz von „Expertise“, der privilegierte und oftmals intransparente Zugang zu PolitikerInnen oder Drohungen, Standorte in Länder mit schwächerer Regulierung zu verlagern – all diese Vorgänge führen dazu, dass politische EntscheidungsträgerInnen die Profitinteressen von

von David
Walch

Konzernen über öffentliche Interessen stellen. Diese Vorgänge sind oftmals nicht verboten, jedoch sind sie ethisch fragwürdig und untergraben die Demokratie. Die EU-Politik ist dabei auch aufgrund geringerer öffentlicher Kontrolle besonders anfällig für eine „gekaperter Gesetzgebung“.

Der Bericht enthält acht Fallstudien zu den Bereichen Banken, Handelspolitik, Gas-Industrie, Steuerpolitik, Pharma-Industrie, Datenschutz, Rüstungsindustrie und Automobilindustrie aus der EU und den Mitgliedstaaten. In jedem dieser Fälle war der politische Einfluss der Konzerne so groß, dass man von gekapeter Gesetzgebung sprechen muss. Einige Beispiele:

- Die Finanzpolitik (EU-Ebene): Der Bankensektor hat es weitgehend geschafft, strengere Regulierungen zu verhindern, obwohl er für eine gigantische Finanzkrise mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen verantwortlich ist. So sind weiterhin Megafusionen von Banken erlaubt und das „Too-big-to-fail“-Problem wurde auf die lange Bank geschoben.

- Die Sicherheitspolitik (EU-Ebene): Die Rüstungsindustrie legt zunehmend die Agenda und Ziele der Verteidigungsprogramme der EU fest. Die fortschreitende Militarisierung der EU gewährleistet die öffentliche Finanzierung ihres tödlichen Geschäfts, mit dem Argument der nationalen Sicherheit geschehen die Prozesse häufig verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit.
- Die Emissionspolitik: Nach dem Diesel-Abgasskandal hat die deutsche Automobilindustrie es geschafft, beinahe ohne politische Konsequenzen aus dem größten Betrug ihrer Geschichte hervorzugehen. Die deutsche Bundesregierung hat nicht nur auf nationaler Ebene dafür gesorgt, dass die VerbraucherInnen nicht entschädigt werden – sie hat auch auf EU-Ebene regulatorische Folgen verhindert.
- Die Unternehmensbesteuerung (Niederlande): Shell und Unilever haben die Pläne zur Besteuerung von Dividenden in den Niederlanden erfolgreich torpediert.



Wir fordern daher gemeinsam mit der Allianz ALTER-EU:

- Politische Beteiligungsverfahren müssen geöffnet und demokratisiert werden.
- Effektive und unabhängig kontrollierte Regeln für ethisches Verhalten und Interessenkonflikte sowie Transparenz über finanzielle Interessen, Nebenjobs, Seitenwechsel, die Annahme von Geschenken und Einladungen.
- Ein rechtsverbindliches und transparentes Lobbyingregister auf nationaler und EU-Ebene.
- Informationsfreiheit um politische Entscheidungsprozesse im Detail und zeitnah nachzuvollziehen und zu beurteilen zu können.
- Eine klare Trennung zwischen Regulierern und Regulierten, wenn Interessen der Wirtschaft und der Allgemeinheit unvereinbar sind. (Beispiel RaucherInnenschutz).
- Obergrenzen und volle Transparenz bei Parteienfinanzierung.

Ein weiteres Beispiel für den gefährlichen Einfluss der Konzerne ist das vehemente Eintreten der politischen Eliten für Handelsabkommen wie TTIP und CETA. Wenn wir den Einfluss von Konzernen reduzieren wollen, müssen wir diese Abkommen verhindern und verpflichtende Regeln für Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten einführen. (Mehr dazu lesen Sie im Beitrag „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS“ in diesem Magazin.)

Mehr Transparenz und strengere Ethikregeln sind wichtig. Letztendlich brauchen wir einen radikalen Wandel in der Art und Weise, wie politische EntscheidungsträgerInnen auf allen Ebenen mit Unternehmen umgehen. Die Bedürfnisse der BürgerInnen müssen dabei absolute Priorität haben.

ALTER EU ist eine Koalition von über 200 öffentlichen Interessengruppen und Gewerkschaften aus ganz Europa, darunter auch Attac Österreich.

13

Eine deutschsprachige Kurzversion der Studie gibt es zum Download unter www.attac.at/gekaperte-gesetzgebung

Die englischsprachige Langversion erschien unter dem Titel „Corporate capture in Europe - When big business dominates policy-making and threatens our rights“ auf ALTER EU: www.alter-eu.org/



der cum-ex-steuerbetrug – ein politikversagen

nach den paradise- oder panama papers und den vielen steuerskandalen in den jahren davor wurden 2018 die sogenannten cum-ex-files publik. hinter der technischen komplexität des betrugs verschwinden nur allzu schnell die politischen hintergründe.

Bei Cum-Ex-Geschäften verschieben Banken und Finanzdienstleister im Auftrag privater Investoren Aktien rund um den Auszahlungstag der Dividende hin und her – und zwar mittels „Leerverkäufen“. Sie verkaufen also, was sie (noch) gar nicht besitzen. Dadurch kann nicht nur die Abführung der Kapitalertragssteuer (KESt) umgangen werden, sondern es ist möglich, sich die niemals gezahlte Steuer vom Staat rückerstatten zu lassen. In Deutschland erzielten reiche Anleger damit eine sichere jährliche Rendite von 60 Prozent, in Österreich wären aufgrund der höheren KESt sogar noch höhere Renditen denkbar.

Der Schaden in Deutschland dürfte bei rund 30 Milliarden Euro liegen. Die österreichische Regierung behauptete lange, solche Praktiken de facto verhindert zu haben. Doch im März 2019 räumte Finanzminister Löger ein, dass Österreich allein zwischen 2011 und 2013 ein Schaden von über 107 Millionen Euro entstanden ist. Der Rechnungshof wiederum kritisierte das Finanzministerium dafür, zu wenig Personal für die Aufarbeitung von Cum-Ex-Geschäften bereitzustellen.

Wenn Banken ihre eigenen Gesetze schreiben

Bereits 2001 machten Banken den deutschen Staat darauf aufmerksam, dass die Gesetzgebung derartige Geschäfte ermöglichte. Eine Gesetzesnovelle 2006 wurde allerdings von der Interessensvertretung der Banken selbst verfasst und direkt vom Staat übernommen. Dadurch wurden Cum-Ex-Geschäfte weiter erleichtert. Erst 2017 wurden diese Praktiken durch die Arbeit eines internationalen Medienkollektivs ins Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Die Geschäfte haben strukturelle Gründe, und politische Entscheidungen ermöglichen sie. Dazu gehören das ungebremste Wachstum und die steigende Komplexität der Finanzmärkte, die staatlichen Kürzungen in der Steuer- und Finanzverwaltung und die Macht, die große Unternehmen und der Finanzsektor auf die höchsten Sphären der Politik ausüben.

In Folge der Deregulierung der Finanzmärkte hat sich das dort gehandelte Volumen vervielfacht. Es entstanden immer undurchsichtiger Finanzprodukte, wie eben die Cum-Ex-Geschäfte. Solche betrügerischen Praktiken sind nur möglich, weil es hochspezialisierten FinanzakteurInnen erlaubt ist, immer neue, hoch-

von
Julia
Litofcenko

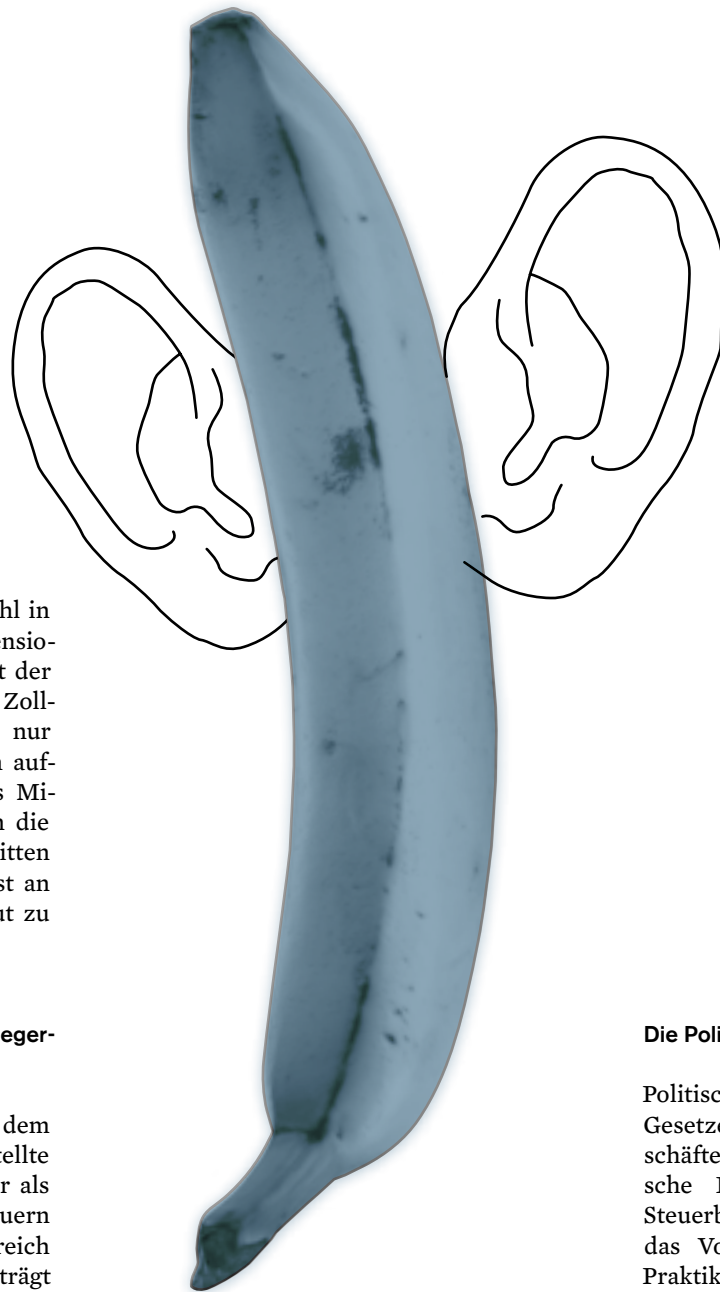
14

komplexe Finanzprodukte zu kreieren. Die eingesetzten Mittel sind dabei viel höher als die Aufwendungen der Nationalstaaten für die Kontrolle und Regulation. Dazu kommen politisches Lobbying sowie die engen personellen Verflechtungen zwischen Finanzindustrie und Politik. Den öffentlichen Regulierungsbehörden werden dabei schon lange zu wenig Expertise und Ressourcen zur Verfügung gestellt. Eine Kontrolle und Aufsicht über die Finanzmärkte ist dadurch nicht mehr gewährleistet.

Kürzungen bei Steuer- und Finanzverwaltung

Hinzu kommt, dass in Österreich wie in vielen anderen Ländern Steuer- und Finanzbehörden sukzessive die Möglichkeit verlieren, effektiv gegen Steuerhinterziehung vorzugehen. Unter dem ideologischen Vorwand des „schlanken Staates“ wurden die Behörden personell ausgedünnt. In der Steuer- und Finanzverwaltung waren die Kürzungen in der Zeit Karl-Heinz Grassers als Finanzminister besonders drastisch, die folgenden Regierungen setzten seinen Kurs jedoch fort.

Seither herrscht in der öffentlichen Finanzverwaltung ein genereller Aufnahmestopp und viele Positionen



werden nicht nachbesetzt. Obwohl in den nächsten zehn Jahren die Pensionierung von mehr als 40 Prozent der Beschäftigten in der Steuer- und Zollverwaltung bevorsteht, werden nur zögerlich neue MitarbeiterInnen aufgenommen. Insgesamt plant das Ministerium laut eigenen Aussagen die Nachbesetzung lediglich jeder dritten Stelle. Der zu erwartende Verlust an Expertise dürfte nicht wieder gut zu machen sein.

Große Unternehmen und reiche AnlegerInnen profitieren

Ein Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2014 zeigt, dass jede/r Angestellte in Finanzämtern dem Staat mehr als doppelt so viel Einnahmen an Steuern bringt, wie er/sie kostet. Im Bereich der Großbetriebsprüfung beträgt das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer/s PrüferIn sogar 1 zu 30.

Nun bindet eine neue Gesetzesänderung den Steuerbehörden noch zusätzlich die Hände. So werden große Unternehmen, die bisher in Steuerbelangen unauffällig waren, nicht mehr regelmäßig überprüft. Kleinen und mittleren Unternehmen schenkt das Finanzamt nicht so viel Vertrauen. Sie sollen weiterhin in regelmäßigem Rhythmus einer Steuerprüfung unterzogen werden.

15

Insgesamt führen die Kürzungen also zu weniger Einnahmen, die Profiteure sind vor allem große Unternehmen und multinationale Konzerne.

Also jene, die mithilfe von SteuerberaterInnen und anderen Finanzdienstleistern in der Lage sind, ihre Gewinne geschickt steuerschonend zu veranlagen. Die Cum-Ex-Enthüllungen machen die Dramatik der Situation deutlich: Nicht nur vermeiden Reiche und Konzerne das Zahlen von Steuern. Smarte Finanzdienstleister und ihre AnlegerInnen bereichern sich nun auch direkt am Steuergeld.

Die Politik ist verantwortlich

Politische Entscheidungen haben Gesetzeslücken geschaffen, die Geschäfte wie Cum-Ex zulassen. Politische Entscheidungen dünne die Steuerbehörden aus und erschweren das Vorgehen gegen jene illegalen Praktiken. Die Profiteure all dessen schreiben sich ihr eigenes Regelwerk. Es ist anzunehmen, dass es sich bei Cum-Ex lediglich um die Spitze des Eisberges handelt. Die einzige Antwort darauf sind radikale Maßnahmen der Regulierung und Steuergerechtigkeit.

*Julia Litofcenko ist Volkswirtin und bei FinanzAttac aktiv.
Erstveröffentlicht am mosaik blog.
www.mosaik-blog.at*



rechte für menschen, regeln für konzerne – stopp ISDS

am 22. jänner 2019 war es soweit: EU-weit startete die kampagne „menschenrechte schützen, konzernklagen stoppen“. nach nur zwei wochen hatten schon über 360.000 menschen die petition unterstützt!



In Österreich setzen wir die Stopp ISDS-Kampagne im Rahmen der Anders Handeln-Plattform gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren um. Ziel der Kampagne ist, den Druck auf die Regierungen und die EU-Kommission zu erhöhen: gegen Sonderklagerechte für Konzerne und für verbindliche Regeln für Konzerne zur Durchsetzung von Menschenrechten.

Mit der TTIP & CETA STOPPEN-Kampagne haben wir es in den vergangenen Jahren geschafft, Menschen in Österreich und EU-weit über die Pläne einer Paralleljustiz für Konzerne und die Auswirkungen auf Demokratie und Menschenrechte zu informieren. Wir lehnen diese Paralleljustiz aber nicht nur ab, wenn sie im Kontext von TTIP und CETA daherkommt, sondern auch in Abkommen mit anderen Ländern – auch jenen im Globalen Süden. Denn die vielen Erfahrungen mit Sonderklagerechten für Konzerne bisher zeigen eines ganz klar: Das ist ein Instrument, mit dem notwendige und wichtige Gesetze für Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit oder bessere Löhne entweder

von
Alexandra
Strickner

abgeschwächt oder gar verhindert werden. Oder Steuergelder fließen an Konzerne, die sich so ihre vermeintlich entgangenen Gewinne abgelten lassen.

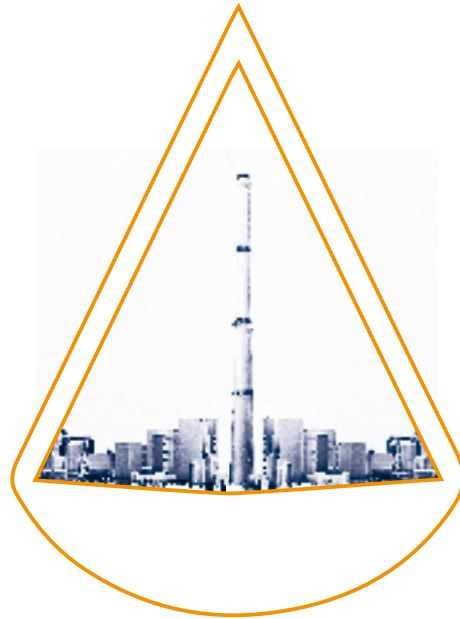
Konzern vs. Klimaschutz – 1:0

Erst 2018 hat Nicolas Hulot, Umweltminister in der Regierung von Emmanuel Macron aus genau diesem Grund den Hut genommen. Er wollte in Frankreich mit Blick auf die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen ein Gesetz durchbringen, das eine rasche Schließung von Erdölförderung in Frankreich vorsah. Der kanadische Konzern Vermilion machte daraufhin in einem Schreiben an die Regierung klar, dass er Frankreich im Rahmen der Energiecharta (die eben den Mechanismus von Sonderklagerechten für Konzerne enthält) auf Schadenersatz klagen würde. Der Konzern wünschte in dem neuen Gesetz einen Passus, der ihm die Erneuerung seiner Schürfkonzession bis 2040 garantiert. Das Gesetz wurde letztlich diesem Wunsch entsprechend abgeändert. Nicolas Hulot verabschiedete sich daraufhin aus der Regierung – mit dem Hinweis, dass Konzerne und deren

Lobbys in den Kreisen der politischen Macht dauernd präsent sind und dies ein gravierendes Demokratieproblem darstellt.

Dieses und viele weitere Beispiele der Vergangenheit und Gegenwart machen klar: Der seit 20 Jahren bestehende Widerstand, der mit der Kampagne gegen das von der OECD forcierte Multilaterale Investitionsabkommen (kurz MAI) begann, muss weitergehen. Denn die EU-Kommission und die EU-Regierungen wollen dieses System der Sonderklagerechte für Konzerne weiter ausbauen und vorantreiben, anstatt es zu beenden.

Zum einen verhandelt die EU-Kommission weiterhin im Auftrag der EU-Regierungen bilaterale Investitionsabkommen (unter anderem mit Japan und China). Zum anderen hat sie das Mandat des EU-Rates, die Einrichtung eines „multilateralen Investitionsschiedssystems“ (kurz MIC) im Rahmen der UNICTRAL voranzutreiben.



Alter Wein in neuen Schläuchen

Das MIC soll dabei das in Misskredit geratene private ad hoc ISDS-Schiedsgericht verbessern, in dem ein international respektiertes permanentes Schiedsgericht für Investor-Staat-Streitigkeiten etabliert wird. Der Vorschlag sieht vor, SchiedsrichterInnen von Amts wegen zu ernennen und bezahlen und zum Beispiel Berufungsinstanzen einzuführen. Damit will man prozessbedingte Probleme des Systems (wie Intransparenz, Parteilichkeit der SchiedsrichterInnen, Rechtsunsicherheit aufgrund widersprüchlicher Auslegung und fehlender Berufungsmöglichkeiten) beenden.

Das Problem dabei: Sonderklagerechte für Konzerne bleiben unangestastet und so auch die damit verbundene Paralleljustiz. Und genau das ist der Kern unserer Kritik an diesem System. Ein besserer Prozess macht dieses System eventuell berechenbarer, dennoch erhalten ausschließlich ausländische InvestorInnen – und das sind nun einmal vorwiegend Konzerne – Sonderrechte und werden so gegenüber BürgerInnen oder Klein- und Mittelbetrieben bessergestellt.

Das wollen wir nicht. Mehr denn je ist es angesichts der massiven Konzentration von wirtschaftlicher Macht notwendig, Institutionen und verbindliche Regelwerke zu schaffen, welche die Durchsetzung von Menschenrechten ermöglichen und garantieren.

Wir brauchen verbindliche Regeln für Konzerne

Das UN-Abkommen für einen verbindlichen Abkommen zur Regulierung von Unternehmen und insbesondere Konzernen (UN Binding Treaty), ist so ein Ansatzpunkt. Seit 2014 wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates über ein solches Abkommen verhandelt; im Juli 2018 wurde ein erster Entwurf vorgelegt. Dieser Prozess ist ein Erfolg der Arbeit vieler sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen – insbesondere jener im Globalen Süden. Dort sind viele Menschen seit Jahren von massiven Menschenrechtsverletzungen transnationaler Konzerne betroffen. Die EU-Kommission und die meisten EU-Regierungen reden zwar gerne über Menschenrechte, benennen sie als Grundwert der EU und fordern das Bekenntnis dazu von anderen Ländern ein.

Zugleich haben sie bisher mit allen Tricks versucht, den Prozess und den Vorschlag für ein verbindliches Abkommen von Unternehmen auf UN-Ebene zu behindern. Einmal mehr wird also sichtbar, dass sie auf der Seite von EU-Konzernen stehen und deren Interessen bedienen.

Im Rahmen der Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS“ wollen wir unseren Widerstand gegen Sonderklagerechte für Konzerne fortsetzen und zugleich den Vorschlag für verbindliche Regeln für Konzerne unterstützen und Menschen die Möglichkeit geben sich aktiv dafür zu engagieren. Denn wir wollen Spielregeln für die Wirtschaft, die Mensch, Umwelt und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen – und nicht die Profitinteressen von Konzernen.

Mehr Informationen:
www.anders-handeln.at



das attac-jahr 2018 in bildern



entzauberte union, entzauberte regierung



attac nutzte die EU-ratspräsidentschaft um zu zeigen, wen die regierung und die EU tatsächlich schützen – und wie wir unseren alternativen näherkommen.

Eine andere Welt bauen heißt über die EU der Konzerne hinausdenken. Während Kanzler Kurz und die Regierung die EU-Ratspräsidentschaft für Inszenierung und Propaganda genutzt und ihre Agenda gegen die Mehrheit der Menschen weiter vorangetrieben haben, haben wir mit vielen Aktionen aufgezeigt, was Sache ist: Die EU schützt vor allem die Interessen der reichen Eliten und Konzerne. Anstatt die Ursachen der globalen Krisen und die Rolle der EU bei der Beschleunigung der globalisierten Wirtschaft zu thematisieren, werden die Sorgen und Ängste der Menschen instrumentalisiert und gegen Schutzbedürftige und die Schwächsten der Gesellschaft gerichtet.

Diese EU-Politik bedroht unsere Lebensgrundlagen

Anstatt einer EU-Politik, die unsere Lebensgrundlagen bedroht (etwa durch grenzenlosen unregulierten Kapitalverkehr, Schutzmaßnahmen für Banken oder die Begünstigung der Steuerflucht für Konzerne und

Reiche) den Rücken zu kehren, werden in der EU gezielt der Wohlfahrtsstaat abgebaut, Ungleichheiten verschärft und Menschen ausgegrenzt. Kanzler Kurz hat während der EU-Ratspräsidentschaft dabei fleißig mitgemacht.

Die österreichische Bundesregierung betrieb gezielt Symbol- und Ablenkungspolitik für ihre Klientel: Ausgerechnet als Rats-Vorsitzland der EU hat Österreich die Unterzeichnung des UNO Migrationspaktes verweigert; damit hat die Regierung ein erschütterndes Signal der internationalen Entsolidarisierung gesetzt. Die gleiche Agenda hat sie auch auf EU-Ebene forciert, etwa mit dem Vortreiben der Abschottungspolitik – der Tod tausender Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, wird dabei achselzuckend in Kauf genommen.

Während der EU-Ratspräsidentschaft war es für uns eine große Herausforderung, mit unseren Themen medial Platz zu finden und in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden – zumal zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs ja zunehmend an den Rand gedrückt werden. Den-

von
Elisabeth
Klatzer

19

noch konnten wir mit Attac-Veranstaltungen, kreativen Aktionen und eigenen Schwerpunkten wichtige Akzente setzen. Mit der Attac-Beilage zur Straßenzzeitung Augustin konnten wir viele Menschen erreichen. In den Debatten, die wir mit unserem Buch „Entzauberte Union“ begonnen haben, zeigen wir auf, was falsch läuft und wohin wir unsere Aufmerksamkeit lenken: Unsere Vision eines guten Lebens für alle lässt sich mit der EU nicht realisieren.

Es ist also höchst an der Zeit, über die EU hinauszudenken und sich nicht in unproduktiven Debatten (etwa pro oder kontra EU) zu verstricken, sondern unsere Strategien für solidarische Alternativen und ein gutes Leben für alle zu stärken. Ein wichtiger Teil unserer Aktivitäten war und ist auch darauf ausgerichtet, Netzwerke und Allianzen – in Österreich und international – zu stärken um gemeinsam die Machtverhältnisse zu verschieben. Und auch für den EU-Wahlkampf 2019 gilt: „Liebe ProeuropäerInnen, wir müssen reden!“

die attac sommerakademie 2018 – ein voller erfolg!

Unsere 17. SommerAkademie (SoAk) unter dem Motto „Widerstand zur rechten Zeit: Organisieren wir uns!“ in Graz war ein voller Erfolg! Mehr als 300 Menschen nahmen daran teil und nutzten das vielfältige Angebot an Workshops, Plenarveranstaltungen und Exkursionen sowie das kulturelle und musikalische Abendprogramm.

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich, der EU und weltweit standen Fragen des Widerstands und der Selbstermächtigung im Zentrum (zur inhaltlichen Ausrichtung der SoAk lesen Sie bitte den Beitrag „Widerstand zur rechten Zeit“ im Attac-Magazin

2018/2). Eine Neuerung im Programm gab es diesmal: Einen ganzen Tag lang widmeten wir uns voll und ganz Strategien und Organisationsansätzen, was von den TeilnehmerInnen mit sehr positivem Feedback bedacht wurde. Dieses Konzept werden wir 2019 also auf alle Fälle beibehalten.

Dass sich die TeilnehmerInnen sichtlich wohl fühlten, lag zum einen am Veranstaltungsort – das Caritas Schulzentrum bot uns nach 2011 bereits zum zweiten Mal eine perfekte Infrastruktur – und zum anderen an der tollen Arbeit des Organisationsteams, das für einen reibungslosen Ablauf der SoAk sorgte. Die Grazer

von
Wilhelm
Zwimer

20

Attacies übertrafen sich selbst: Sie nutzen ihre Netzwerke und luden engagierte Organisationen und Initiativen zur Kooperation ein, verteilten unermüdlich Flyer und klebten Plakate, organisierten die Verpflegung für die SoAk-TeilnehmerInnen, planten die Demoroute durch die Grazer Innenstadt und die Kundgebung am Hauptplatz mit SambAttac und dem Masala Brass Kollektiv, stellten ein großartiges Fest mit den Rossetti-Sisters im Forum Stadtpark auf die Beine und vieles vieles mehr.

Und so wurde die SoAk wieder einmal zu einem motivierenden und inspirierenden Höhepunkt des Attac-Jahres, an den wir uns alle gern erinnern.



ein besuch und ein gegenbesuch besonderer art

Bei der Suche nach einer Attac-Gruppe in einer Partnerstadt stieß Attac Darmstadt auf uns. Sieben Attaciers kamen zur SoAk nach Graz, fünf von uns fuhrten nach Darmstadt. Nicht nur für uns war der Gegenbesuch bereichernd: Unser Bericht über den Rechtsruck in Österreich zeigte, dass in Deutschland dies oft nur am Rande wahrgenommen wird. Konkrete Beispiele von Angriffen auf Medien oder Fälschungen von Statistiken stießen auf großes Interesse, ebenso „Burschenschaften und Parlament“ und die Schilderung von „Einzelfällen“ aus der Mauthausen Komitee-Broschüre. Gegenbewegungen wie Solidaritäts-

Attac
Graz

pakt, Omas gegen Rechts oder Donnerstags-Demos wurden aufgezeigt. Dazu gestalteten wir im nichtkommerziellen „Radio Darmstadt“ eine Sendung.

Die Veranstaltung „Aufrüstung der EU ohne parlamentarische Kontrolle?“ von Attac Darmstadt vertiefte unser Wissen über Waffen aus der EU. Unser Konsens: „Frieden schaffen ohne Waffen!“

Gemütliches Zusammensitzen und Kultur hatten auch Platz: Die Stadtführung eröffnete uns das historische und künstlerische Darmstadt; eine gemütliche Rast legten wir im Café einer integrativ betriebenen Landwirtschaft

ein. Ein Highlight war die Besichtigung eines kleinen kooperativen Theaters, wo sogar für uns aufgeköchelt wurde.

Der weite Weg hat sich ausgezahlt – nicht nur wegen der freundlichen Aufnahme durch so sympathische aktive Menschen. Der Austausch mit Partnerstädten ermöglicht Vernetzung über Staatsgrenzen hinweg. Wir bleiben dran!

Mit den
Darmstädter
Attaciers am
Birkenhof



ein lebenszeichen aus kärnten!

Auf der SoAk 2018 in Graz hat das Ehepaar Elisabeth und Hans beschlossen, auch in Kärnten eine Attac-Regionalgruppe (wieder-) zu gründen. Nach einem Aufruf am schwarzen Brett der SoAk kam es schließlich am 26. Juli zum Gründungstreffen zu dritt – mit Jacqueline, die ihr Doktoratsstudium in Finnland absolviert. Doch die große Distanz sollte dank moderner Kommunikationstechnologien und Unterstützung vom Attac-Büro in Wien kein Hindernis sein. Nach einigen organisatorischen Arbeiten kam es endlich am 10. Jänner 2019 zu einem Gruppentreffen mit 14 TeilnehmerInnen in Klagenfurt. Dabei haben wir uns auf

von
Jacqueline
Jerney
und Hans
Voglgruber

21

Attac Kärnten
beim ersten
Gruppentreffen im
Jänner 2019

folgende Themenschwerpunkte geeignet, mit denen wir uns intensiver beschäftigen möchten:

- Menschenrechte und Solidarität
- Klima und Umwelt
- Finanztransaktionssteuer
- Bedingungsloses Grundeinkommen

Noch im vergangenen Jahr, am 28. Dezember 2018, hatten Jacqueline und Hans die Gelegenheit, Attac und die

Regionalgruppe Kärnten in einer halbstündigen Sendung auf Radio Agora vorzustellen. Radio Agora sendet kärntenweit in slowenischer und deutscher Sprache und übernimmt auch Sendungen von radio%attac.

Als erste Aktion haben wir am 10. Jänner das Protestpotential der Donnerstags-Demo verstärkt, bei der wir zu einem Redebeitrag eingeladen waren. Wir werden uns alle 14 Tage treffen und versuchen, weitere Interessierte anzusprechen. Es gibt ja viel zu tun!



„EU – ja, nein, vielleicht, weiß nicht, egal“

Anlässlich des EU-Ratsvorsitzes von Österreich und des Erscheinens des Attac-EU-Buches organisierte die Attac-Gruppe Unteres Mühlviertel am 5. Juni 2018 im Kulturzentrum Schöffl in Engerwitzdorf eine äußerst interessante Diskussionsveranstaltung. Zu den aktuellen Herausforderungen der EU nahmen Andreas Sumper (Bundeskanzleramt, Task Force EU-Vorsitz) und Ralph Guth (Vorstandsmitglied von Attac Österreich und Co-Autor des Buches) Stellung.

Unser Ausgangspunkt waren folgende Fragen: In welche Richtung entwickelt sich die EU in Zeiten von Brexit und wachsendem Nationalismus? Was wurde aus dem großen

Attac
Unteres
Mühlviertel

22

„Friedensprojekt“? Oder ging es immer nur um Freihandel und Binnenmarkt? Und was hat das mit uns zu tun?

Zum Einstieg in die Veranstaltung haben wir von den TeilnehmerInnen Assoziationen zur EU beziehungsweise zu unseren Vorstellungen, was wir von der EU erwarten, abgefragt.

Die Ergebnisse wurden in Form einer Wordcloud auf die Bühne projiziert.

Das Besondere an diesem Abend war, dass wir die EU-Gemeinderäte* aus der Region persönlich eingeladen haben und auch einige gekommen sind. Pro Fraktion haben wir auch eine/n VertreterIn um ein Statement zur Entwicklung der EU gebeten.

* Seit einigen Jahren gibt es EU-Gemeinderäte – ihre Aufgabe liegt darin eine Verbindung zwischen den Gemeinden und der EU herzustellen. Sie sind also geeignete KooperationspartnerInnen für Anliegen rund um die EU.



ein jahr attac regionalgruppe wien

Im ersten Jahr unseres Bestehens haben wir uns mit dem Thema „rebellische Städte“ befasst. Neben der Auseinandersetzung mit internationalen Vorbildern wie Barcelona, New York und Grenoble ging es um die Fragen, wie ein rebellisches Wien aussehen kann und welche Projekte wir mit unserer Gruppe umsetzen können. Unsere Überlegungen dazu mündeten vorerst in einem Strategiefragenkatalog, der dabei helfen soll, Ideen zu konkretisieren und auf ihre Machbarkeit zu überprüfen.

Sehr gefreut haben wir uns über das hohe Interesse an unserem Work-

von Marion
Kogler

shop bei der Sommerakademie in Graz, wo wir unsere bisherigen Erkenntnisse mit AktivistInnen aus anderen Gruppen und weiteren Interessierten teilen konnten. Passend zum Rahmenthema „Strategien für kommunalen Widerstand entwickeln“ arbeiteten die TeilnehmerInnen Vorschläge, um ihre eigenen Städte zu verändern, aus. Die Vielfalt der eingebrachten Themen reichte dabei von Umwelt über Bildung bis hin zu Wohnen und Nachbarschaft.

Auch im Jahr 2019 werden wir uns für ein solidarisches Miteinander in Wien einsetzen. In zwei weiteren Ar-

beitsschwerpunkten wollen wir uns mit den EU-Parlamentswahlen beschäftigen und Strategien für eine Gegenöffentlichkeit zur Politik der schwarz-blauen Regierung ausarbeiten. Wer sich für diese Themen interessiert, ist herzlich eingeladen, bei unseren Gruppentreffen vorbeizuschauen.

Für weitere Infos und bei Interesse mitzumachen: wien@attac.at

%attac
Wien

auf beton wächst nichts!

Unter dem Motto „Beton kann man nicht essen – Stopp dem Bodenverbrauch“ marschierten viele am 26. Mai 2018 durch die Fuzo in Wr. Neustadt. Mit dabei: SambAttac! Das Thema ist aktuell wegen der geplanten Ostumfahrung und der Verbauung eines Teiles des Akademieparkes und wurde auch schon 2017 in einer Attac-Veranstaltung behandelt. Zusammen mit der Radlobby, der Initiative Akademiepark, dem Welthaus der Katholischen Kirche und kultur.GUT.natur gab es ein Klimafest am Hauptplatz und das Weltladenfest. Wir verteilten Flugblätter und führten eine „Auf Beton wächst nichts“-Performance

Attac
Wiener
Neustadt

auf. Dabei kam es zu vielen interessanten Diskussionen mit PassantInnen.

Natürlich waren wir das ganze Jahr über sehr aktiv: Erstmals kooperierten wir mit der Pfarre Lanzenkirchen beim Filmabend „Wasser unser“, waren beim bereits 7. Pflanzentauschmarkt dabei und luden Elisabeth Klatzer und Christine Mayrhuber zur Präsentation des Attac-Buches „Entzauberte Union“ ein. Gemeinsam mit vier weiteren Organisationen richteten wir einen offenen Brief an den Gemeinderat, worin wir gegen die Autoverkaufsmesse in der Innenstadt – am autofreien Tag! – protestierten.



© Walter Kalod

Nach dem Hitzesommer fragten wir die BürgerInnen in einer Onlineumfrage, ob genug gegen die Hitze in der Innenstadt getan wird und sammelten Vorschläge. Die Ergebnisse wurden bei einem Zukunftsfrühstück präsentiert. Bei allen Aktionen hatten wir erfreulich großes Medienecho.

ernährungssouveränität neu aufgelegt

Ernährungssouveränität ist ein ganz zentrales Thema unserer Arbeit, das uns schon seit vielen Jahren beschäftigt. Und nicht nur uns – zu Recht hinterfragen immer mehr Menschen die Art und Weise, wie Produktion, Distribution und Konsumtion von Nahrung zum größten Teil organisiert sind.

Alle Menschen müssen essen. Das Recht auf Nahrung steht allen Menschen zu - und doch wird es vielen verwehrt. Um die Zukunft der Ernährung wird politisch heftig gerungen. Weltweit treten soziale Bewegungen für Ernährungssouveränität ein: Eine „Welt ohne Hunger“ und „das gute

AgrarAttac

Leben für alle“ sind dabei die Perspektiven. Ernährungssouveränität ist auch eine wichtige Antwort auf die soziale und ökologische Krise. Es geht um nichts weniger als eine neue, demokratische Gestaltung unseres Agrar- und Lebensmittelsystems.

In diesem Kontext entstand 2018 die bereits dritte Auflage der Broschüre „Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!“, die schon bestehende Bewegungen bei uns sichtbar machen und zu deren Stärkung beitragen will. Die Broschüre wurde überarbeitet und aktualisiert und bietet interessante Einblicke in ver-

schiedene Themenkreise rund um Ernährungssouveränität. Eine umfangreiche Liste mit weiterführenden Literaturtipps und Links ergänzt die Beiträge und motiviert selbst aktiv zu werden.

Erhältlich im Attac Büro für einen freien Beitrag (Richtwert: 2,00 € + Versandkosten) oder zum Download unter ernahrungssouveranitat.at



2008 – 2018: attacieren wir das finanzsystem

Die gute Nachricht zuerst: 2018 haben wir uns als FinanzAttac wiedergegründet. Und jetzt die schlechte Nachricht: Leider zu einem traurigen Anlass. 10 Jahre nach der Finanzkrise hat sich nichts substantiell verändert.

Sie feiern, wir protestieren! Anlässlich des 10ten Jahrestags des Zusammenbruchs von Lehman Brothers am 15. September 2008 haben wir die Eröffnungsparty der neuen Bank Austria Zentrale gecrashed. Wir haben die Bühne gekapert und unsere Nachricht mitgeteilt: „Wir finden, es gibt hier nichts zu feiern!“ Unter diesem Motto haben wir hunderte Luftballons verteilt – denn so wie jeder Luftballon platzt früher oder später auch jede Finanzblase. Viele der anwesenden Mit-

FinanzAttac arbeiterInnen der Bank haben unser Anliegen verstanden und sich dem Finanzsystem gegenüber sehr kritisch gezeigt.

Neben der Bank Austria Aktion haben wir Vortragskonzepte zum Thema Finanzmärkte erarbeitet und

24

Protestaktion bei der Eröffnung der neuen Bank Austria-Zentrale



neuer anlauf für die EBI zum bedingungslosen grund-einkommen

Hurra! Ein Ergebnis – oder doch nur ein Zwischenergebnis? – ist uns nach zweijähriger Workshop-Arbeit (mit tatkräftiger Unterstützung durch Attac Deutschland) in den „Unconditional Basic Income Europe (UBIE)“ Meetings gelungen. Unser Vorschlag für den Text für eine neue Europäi-

Attac Grund-einkommen sche BürgerInnen-Initiative (kurz EBI) „Start Unconditional Basic Income“ wurde im UBIE Meeting im November 2018 in Budapest beschlossen.

Allerdings (und darauf bezieht sich die anfängliche Frage nach dem „Zwischenergebnis“) muss diese Entschei-

dung noch bei der General Assembly von UBIE (Ende März 2019 in Brüssel) bestätigt werden.

Da alle TeilnehmerInnen in Budapest aber sehr zuversichtlich waren, was eine endgültige positive Entscheidung betrifft, wurden sogleich fleißig weitere notwendige Aufgaben zur Registrierung der Europäischen BürgerInnen-Initiative in einer eigenen Working Group Session in Angriff genommen.

Wenn alles nach Plan läuft, kann nach dem regionalen UBIE-Meeting in Wien (mit TeilnehmerInnen aus Österreich, Tschechien, Deutschland, Ungarn, Slowenien und der Slowakei) und der General Assembly in Brüssel die Unterschriftensammlung für die EBI Ende September 2019 starten. Möglicherweise beginnen wir damit aber auch erst nach dem Inkrafttreten der neuen Regeln für die EBI im Jänner 2020.



Trotz intensiver Diskussionen ein harmonisches Treffen in Budapest

finanztransaktionssteuer – wir bleiben dran!

Neben Filmvorführungen im WUK und Beteiligungen an Demos in Wien mit selbst angefertigten Bannern und Tafeln war die Werbung für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) der Schwerpunkt der Arbeit von SeniorInnenAttac: 80 politisch und gesellschaftlich interessierte BürgerInnen nahmen an der Diskussionsveranstaltung über die *Finanztransaktionssteuer* im Wirtschaftsmuseum mit Stephan Schulmeister, Lisa Mittendrein, Gottfried Schellmann und Frank Ey im Jänner teil. Im Anschluss wurde von den TeilnehmerInnen eine Auffor-

SeniorInnen-
Attac

Diskussions-
veranstal-
tung über
die FTS im
Wirtschafts-
museum

derung an Finanzminister Löger unterzeichnet, seine Bemühungen in der Gruppe der EU-Finanzminister für die FTS zu intensivieren. Auf eine Nachfrage bei einem Gespräch im EU-Haus bestätigte er uns, dass er sich für eine wirksame FTS stark machen würde. Wir verteilten Infoflyer zur FTS vor der Nationalbank, vor dem

Finanzamt Wien Mitte, bei Veranstaltungen und in der Mariahilferstraße. Die Gruppe der 10 EU-Mitgliedsländer, die unter dem Vorsitz des jeweiligen österreichischen Finanzministers über die Einführung der FTS seit 2012 verhandelt, erschien wenig aktiv und stellte gegen Jahresende ihre Tätigkeit ein. Wir hatten schon zuvor beschlossen, eine parlamentarische Bürgerinitiative einzubringen, was am 9.1.2019 mit 640 Unterschriften erfolgte. Sie wurde am 13.2.2019 vom Petitionsausschuss behandelt und kann nun österreichweit auf der Parlamentshomepage unterzeichnet werden: attac.at/fts



15 jahre sambattac – wie machen die das bloß?

Alles hat sich in diesen 15 Jahren verändert, es gab Ups and Downs und SambAttac ist immer in Bewegung – doch „es“ bleibt bestehen. „Es“, das ist dieses unerklärliche Phänomen, dass der Rhythmus wie aus dem Nichts plötzlich da ist und es groovt. Dieses Beinahe-Wunder verlangt nach Feiern! Auftakt dazu war im September eine „Reunion“ von ehema-

SambAttac

25

ligen und aktiven SambAttacies mit gemeinsamem Musizieren. Etliche frühere SpielerInnen folgten dem Ruf. Auch Katrin, Organisations- und Spielerpionierin, sowie Edison, der erste Mestre von SambAttac, stellten sich ein. Die Wiedersehensfreude war riesig! Die Probe verlief so, als ob wir immer zusammen gespielt hätten. Dann ging's hinaus ins Grüne, wo wir

in großer Formation bei Kaiserwetter den Stadtpark rockten und genüsslich picknickten.

Im Nu waren wir umringt von lieben Menschen, der halbe Stadtpark tanzte. Beim anschließenden Fest im Markhof, unserer neuen Probelocation ließen wir den Tag gut gelaunt ausklingen. Was für die Feiernden das Besondere an SambAttac ist? „SambAttac ist meine zweite Familie!“, „Bei SambAttac kann ich so sein, wie ich bin!“, „SambAttac ist gelebte Gemeinschaft!“, „SambAttac ist Spaß und politisches Engagement!“, „SambAttac ist gemeinsames Tun und Feiern“, „Wenn wir uns bewegen – unser Planet wird überleben!“

Interesse geweckt? Schau vorbei, spiel mit oder vermittele uns einen Auftritt. Wir proben jeden Dienstag Abend im Markhof (nahe U3 Schlachthausgasse).

samba@attac.at



SambAttac-
Reunion am
8. September
2018 im
Stadtpark

widerstand in frauenhand!

Die Femme Fiscale* hatte 2018 ganz schön viel zu tun! Kein Wunder bei der Politik von SchwarzBlau, denn die richtet sich gegen MigrantInnen, MindestsicherungsbezieherInnen, die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, AsylwerberInnen, Arbeitsuchende, NGOs, Frauenorganisationen, die engagierte Zivilgesellschaft ... „Kurz“ gesagt: Hier wird Politik im Interesse einer kleinen, weitgehend männlichen Elite der Reichen und Konzerne gemacht.

Auf etliche Fehlentwicklungen machte die Femme Fiscale mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf-

merksam – zu den Steuerreformplänen, zum Hearing sowie zur Verabschiedung des Budgets, beim EU-Sicherheitsgipfel und zum sogenannten „Familienbonus“ (de facto ein Papabonus für Besserverdiener). Wie nicht anders zu erwarten ging es aber weit über bunte Aktionen hinaus: Die Femme Fiscale-Frauen erarbeiteten auch Analysen zur Steuerreform sowie konkrete Alternativen; etwa eine gerechte Verteilung der „Papabonus“-Gelder, die allen Kindern zugutekommen soll sowie jenen Menschen, die nach wie vor den Großteil

Feminist
Attac

26

Femme
Fiscale-
Aktion am
Weihnachts-
markt

der Kinderbetreuung übernehmen. Und das sind – wenig überraschend – nach wie vor Frauen.

* Eine Initiative, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind u. a. Attac, FeministAttac, Österreichischer Frauenring, Plattform 20000frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA – One Billion Rising Austria, WIDE.



unsere herzenswünsche zu den menschen tragen

Wir spielen mit zusammen erarbeiteten Improvisationsbausteinen und lieben die Interaktion mit DemoteilnehmerInnen und PassantInnen!

Unsere Herzenswünsche (ein wichtiger Baustein von uns) haben viele Gesichter. Wir machen dazu Armgesten über unseren Köpfen, flüstern sie in die Ohren anderer Men-

schen oder lassen sie pflücken, wie bei der Großdemo gegen Schwarz-Blau am 13.1.2018. Dort haben wir sie auf Zettel geschrieben und zum Abpflücken auf uns draufgeklebt. Manchmal fragen wir auch andere Menschen, welche Herzenswünsche sie haben und erfahren dabei schöne Momente mit berührenden Antworten und Um-

moveAttac

armungen. Im Juli in Graz beim SoAk-Umzug brachten wir sogar einen Polizisten zum herzlichen Lachen.

Am Attac-Flohmarkttag im September gab es eine Abschiedsimprovisation für Joana, bevor sie zurück nach Portugal ging. Es war so schön sich mit geschlossenen Augen zwischen den Menschen im Sigmund Freud-Park zu bewegen.

Seit Mitte November ist moveAttac auch bei den Wiener Donnerstagsdemos dabei – wir treffen uns um 18:00 Uhr beim DJ-Bus; gut sichtbar für alle, die beim „Warm up“ mitmachen wollen. Wer will, kann dann anschließend bei der Demo mit ganz einfachen Improvisationsstrukturen mitspielen.

Unsere Idee dahinter: uns auf das zu konzentrieren, was wir uns wünschen und mit Präsenz, Wachheit und Kraft die anderen Menschen anzustecken.



attac 2019 und weiter geht's!

Eine längere Verschnaufpause werden wir uns wohl auch in diesem Jahr nicht gönnen. Denn solange die blau-türkise Regierung ihre Politik der sozialen Härte und Spaltung vorantreibt, werden wir beharrlich aufzeigen, wessen Interessen sie tatsächlich bedient. Wir werden weiterhin Präsenz auf der Straße zeigen, mit kreativen Aktionen und auf Demos. Und: Wir werden immer mehr! Die Donnerstagdemos in den Landeshauptstädten zeigen, dass immer mehr Menschen gegen diese Politik der Ungerechtigkeit auftreten. Auch in anderen Ländern der EU und weltweit sehen die Menschen, dass die aktuelle Wirtschaftspolitik zu einer Umverteilung von unten nach oben führt, den Konzernen immer mehr in die Hände spielt, die Demokratie schwächt und das Weltklima anheizt.

Steuergerechtigkeit wird heuer ein wichtiger Schwerpunkt für uns sein.

Vorstand
von Attac
Österreich

27

Wir werden transparent machen, wer von der geplanten Steuerreform tatsächlich profitieren wird und zu wessen Lasten sie geht. Auch auf internationaler Ebene gibt es viel zu tun: Apple, Ikea, VW und Co. zahlen kaum Abgaben an den Staat; Steuersümpfe und Trickserien haben nach wie vor Hochkonjunktur – und sind legal. Das haben wir einer politischen Elite zu verdanken, die Konzernlobbyisten mit Handkuss empfängt und sie mit Steuerergeschenken belohnt.

Apropos *Konzerne*: Die Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS!“ läuft EU-weit und international über das gesamte Jahr. Wir wollen, dass ISDS grundsätzlich abgeschafft wird und endlich verbindliche Regeln für Konzerne kommen, mit denen sie für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Der notwendige ökologische Umbau der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft muss auf sozial verträgliche und gerechte Weise vonstattengehen – eben eine *Just Transition*. Denn in der Klimapolitik geht es immer auch um Verteilungsgerechtigkeit. Wir werden uns genau ansehen, was die Regierung meint, wenn sie in ihrer „#mission 2030 – Die österreichische Klima- und Energiestrategie“ *Green Finance* als eines von 12 „Leuchtturmprojekten“ anführt. Die Attac-Gruppen FinanzAttac und KlimAttac werden das analysieren, die EU-Definitionen nachhaltiger Finanzierung aufzeigen, Korrektiva und Alternativen ausarbeiten.

Wo finden wir die Kraft, die Ausdauer und das Wissen, die für all das nötig sind? Vernetzung ist das Zauberwort! Im Austausch mit engagierten Einzelpersonen, mit anderen Organisationen und mit Plattformen wie dem Solidaritätspakt, System Change not Climate Change, Anders Handeln oder Wege aus der Krise finden wir Stärke. Gemeinsam leisten wir Widerstand gegen die zerstörerische neoliberale Politik und lassen Neues entstehen. Gemeinsam mit euch!

terminvorschau

AktivistInnen- und Generalversammlung:
27. und 28. April 2019 in Mondsee

System Change not Climate Change-Klimacamp:
26. Mai bis 2. Juni 2019
in Obersdorf bei Wolkersdorf
(nahe Wien)

Attac SommerAkademie:
10. bis 14. Juli 2019 in Klagenfurt

Alle Infos unter:
www.attac.at/events



Mehr als Hilfe. Veränderung. **volkshilfe.**

**KINDERARMUT
ABSCHAFFEN**

www.volkshilfe.at
 IBAN AT77 6000 0000 0174 0400

**FAIR?
ZUKUNFT
FÜR ALLE.
JETZT!**

**Machen
Sie mit**
beim
Weltladentag
2019

7.-20. Mai in Ihrem Weltladen.
www.weltladen.at

WIR LEBEN GEWERKSCHAFT **vida**

Beitreten. Anpacken. Mitgestalten.
ES IST ZEIT FÜR DICH.

www.vida.at/mitgliedwerden
[gewerkschaftvida](https://www.facebook.com/gewerkschaftvida)

SONNENTOR®

Bei uns ist
**Nach-
haltigkeit**
eine runde
Sache.

Mit jedem SONNENTOR Tee und Gewürz bist du Teil des großen Kreislaufgedankens! Wir achten bewusst auf unsere Mitmenschen und unsere Umwelt und schützen so gemeinsam mit dir unseren Planeten.

www.sonnentor.com



Die neue ArbeiterInnenklasse Menschen in prekären Verhältnissen

Veronika Bohrn Mena

2. Auflage 2019 / 206 Seiten / EUR 19,90

ISBN 978-3-99046-406-9

Die Arbeitswelt wird zunehmend durch Angst und Unsicherheit geprägt. Mehr als zehn Prozent der Beschäftigten befürchten, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Befristete Arbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung nehmen zu. Frauen sind davon noch stärker betroffen als Männer. Das durch die ArbeiterInnenbewegung hart erkämpfte Normalarbeitsverhältnis droht zu verschwinden.

Dieses Buch liefert nicht nur einen umfassenden Überblick über die Entwicklung von prekärer Beschäftigung in Europa seit den frühen 1980er-Jahren. Auch betroffene ArbeitnehmerInnen kommen darin zu Wort. Sie berichten von ihrem Leben und Leid mit miesen Jobs und prekären Arbeitsbedingungen. Mit ihrer Hilfe und durch sie zeigt die Autorin einfühlsam auf, was Hungerlöhne, fehlender rechtlicher Schutz und mangelnde soziale Absicherung für die Betroffenen und ihre Angehörigen tagtäglich bedeuten.

BESTELLEN

VERSANDKOSTENFREI IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at

kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136



Bestellen oder verschenken Sie jetzt ein Abo des Südwind-Magazins!

Seit 40 Jahren berichtet das Südwind-Magazin unabhängig und kritisch über Zukunftsthemen, bietet globale Lösungsansätze und eröffnet einen Blick über Grenzen hinweg.

Qualitätsjournalismus, Meinungsvielfalt
und Weltbewusstsein sind in Zeiten
wie diesen wichtiger denn je.



40 Jahre
Südwind magazin



Jetzt ein
ABO
bestellen!

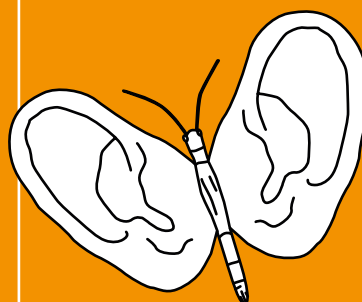
Abo-Bestellung: ganz einfach und schnell

Online: www.suedwind-magazin.at/abo, E-Mail: abo@suedwind.at

Normal-Abo: € 42,- Soli-Abo: € 168,- FörderInnen-Abo: € 84,-

StudentInnen/SchülerInnen-Abo: € 28,-

GESTALTEN der Zukunft



grafikteam@attac.at

www.zentlieder.de

GEORG CLEMENTI
Lieder zur Förderung der emotionalen Intelligenz

PENSION!

KLIMESCH
an der Seepromenade

+43 (0)6232 / 25 63 • M.-Guggenbichler-Straße 13
5310 Mondsee • Österreich • s.klimesch@utanet.at
www.oberoesterreich.at/klimesch.mondsee

Die Lücken in
der weltweiten
Energieversorgung
können sogar
Sie füllen.

Es kommt auf jeden von uns an: die, mit Hilfe der Sonne, von Pflanzen
und Tieren erzeugten nachwachsenden Rohstoffe, schenken uns
leistungsstarke, erneuerbare Energie. So ist und bleibt die Natur eine
unerschöpfliche Energiequelle für uns alle. Füllen auch Sie Ihre
Energiegücken und sprechen Sie mit uns über Erneuerbare Energie -
das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER

www.riebenhauer.at • office@riebenhauer.at • T 03539 25 133

**STARK
STÄRKER
GEWERKSCHAFTEN**

www.oegb.at/mitgliedwerden
www.oegb.at/WhatsApp

Tausende ArbeitnehmerInnen entschieden sich in den letzten Jahren für eine Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften. Aktuell zählen wir mehr als 1,2 Millionen Mitglieder. Mit dieser Kraft kämpfen wir für ein gutes Leben für alle!

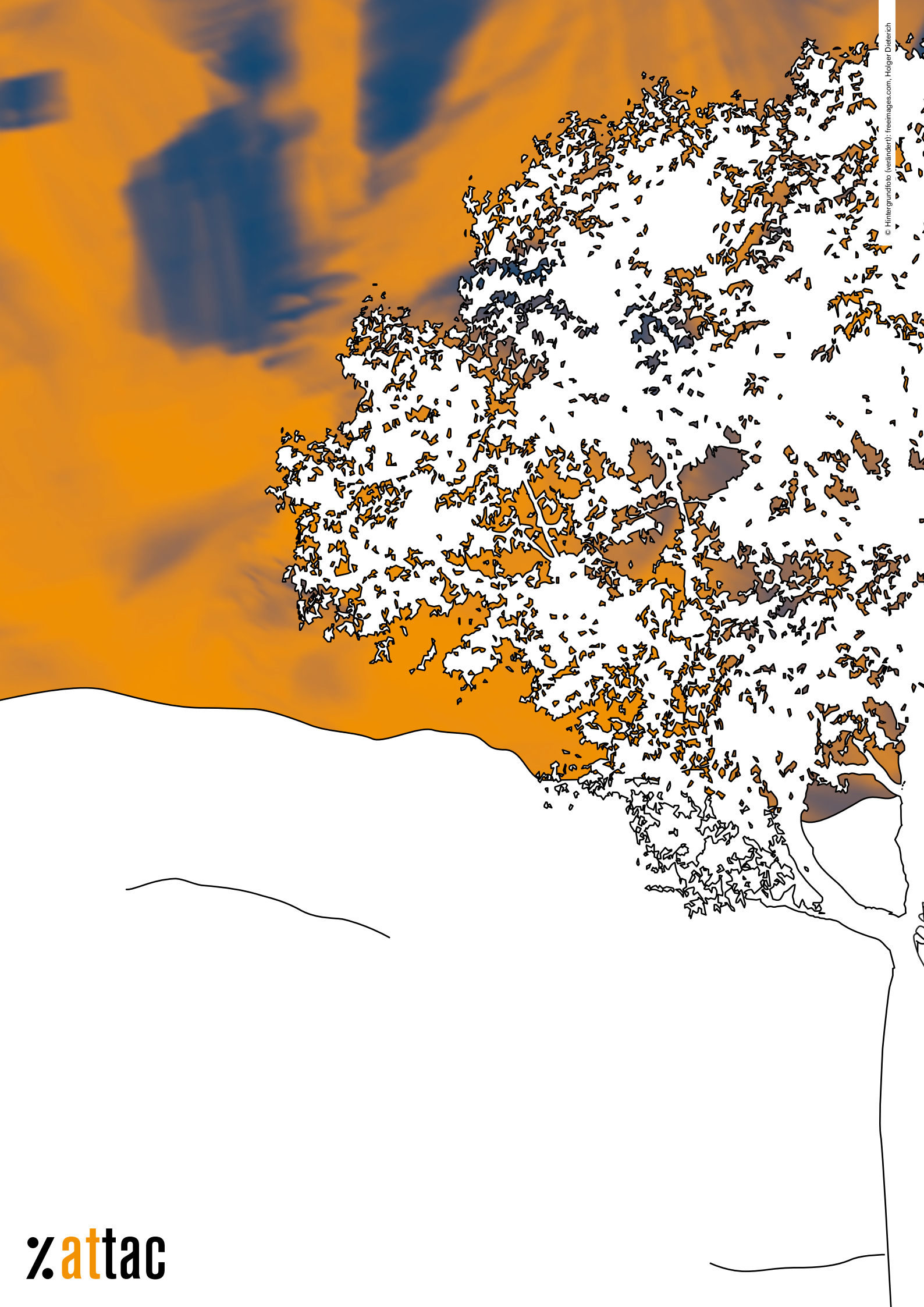
OGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

**Freiheit
ist immer die Freiheit
der Andersdenkenden.**
Rosa Luxemburg



GEA
Gehen Sitzen Liegen

GEA | WALDVIERTLER Schuhe & Taschen | GEA Möbel | GEA Naturmatratzen | GEA Akademie | www.brennstoff.com | www.gea.at



© Hintergrundfoto (verändert): freemagics.com, Holger Dieterich